

Die Schweiz, vom belächelten Auslaufmodell zur respektierten Ausnahme

Die plötzliche Wiederentdeckung der krisenresistenten Eidgenossenschaft

Die Euro-Krise zeigte mit unüberbietbarer Deutlichkeit, dass die Schweiz ein souveräner Staat mit einer überaus stabilen Währung ist. Das Land hat seine Finanzen ebenso im Griff wie seine Sozialwerke. Es kam glimpflich durch die 2008 ausgelöste Finanzkrise, und es legt für europäische Verhältnisse muntere Wirtschaftswachstumsraten vor. Dabei steht die Landesregierung nicht im Ruf, überqualifiziert zu sein. Wie schafft es dieses komplizierte politische Gebilde mit den vier Landessprachen, ein weltweit unerreichtes Mass an politischer und wirtschaftlicher Stabilität zu produzieren? Was macht die Schweiz zu einem so sicheren Wert?

Die Schweizerische Eidgenossenschaft entzieht sich einem einfachen Verständnis. Zwei Gebirgsketten (Alpen und Jura), vier Sprachen und 320 Sorten Käse auf engem Raum suggerieren eine irritierend komplizierte geographische, kulturelle und kulinarische Vielfalt. Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner abseits der gelben Postautos, der Tarnanzüge der Armee und der Migrosläden fällt häufig ernüchternd aus: «La Suisse n'existe pas», schrieb der Künstler Ben Vautier 1992 auf den Schweizer Pavillon der Weltausstellung in Sevilla. Kein liebenswürdiger Befund für ein altherwürdiges Land, das erst ein Jahr zuvor (1991) ausgiebig seine Gründung vor damals 700 Jahren gefeiert hatte.

Das provozierende Künstlerwort über die nicht existierende Schweiz gründlich zu widerlegen, wurde ein inneres Motiv für die Landesausstellung Expo 02.

Aber zwischenzeitlich sah es mehr nach einer Bestätigung aus. Das Gelingen der Expo 02 war zeitweise alles andere als sicher. Die Künstlerin Pippilotti Rist beschrieb die erste Veranstaltercrew in einer deprimierenden Zwischenbilanz als «Sekte des militanten Optimismus». Am Ende wurde die Expo 02 aber doch noch ein Erfolg. Aber nur deshalb, weil ein Kenner der Schweizer Volksseele die richtigen Worte fand: «Zur Expo muss man einfach gehen, und sei es nur, um eine Wurst zu essen und ein Bier zu trinken.» Damit appellierte der jurassische Regierungsrat Jean-François Roth instinktsicher da, wo die Eidgenossen unmittelbar zu erreichen sind. Wolkige Worte gelten nicht viel zwischen Säntis und Genfersee. Den unverblühten Appell an den Magen dagegen versteht jeder.

Jüngst schaffte es sogar jemand, die Schweizer daran zu erinnern, Bürger eines ungewöhnlichen Landes zu sein, ohne den Kulturretat und die nationalen Mägen zu strapazieren: Der libysche Oberst Ghaddafi deponierte bei der UNO den Antrag, die Eidgenossenschaft aufzulösen. In der 700-jährigen Landesgeschichte ebenso eine Premiere wie in der 65-jährigen Geschichte der UNO. Besonders ernst genommen wird sie nicht. Weder flüchten die Anleger aus dem Franken, noch ziehen die Investoren ihre Vermögen ab.

Im Gegenteil. Es gilt wieder die alte Einsicht: «Es reicht nicht, Geld zu haben. Es muss auch noch in der Schweiz sein.» Die Euro-Krise hat die unerwartete Nebenwirkung, dass die Eidgenossenschaft nicht

mehr länger als Auslaufmodell wahrgenommen wird. Mit dem Ende des Kalten Krieges schien der neutrale Staat – wertemässig fest im Westen verankert, aber weder EU- noch Nato-Mitglied – in eine stille, aber umso tiefere Identitätskrise gerutscht zu sein. Wer interessierte sich schon noch für gute Dienste auf neutralem Boden? Wer sah im Lande selber in der integralen Neutralität noch eine Zukunft?

Vom Nutzniesser des Kalten Krieges zum Verlierer

Zeitweise sah es ganz danach aus, als sei letztlich die Eidgenossenschaft der eigentliche Verlierer des Kalten Krieges gewesen. Da half auch der Hinweis auf die exzellente Hotellerie und das hohe Dienstleistungsniveau nicht wirklich weiter. Es fehlte eine klare Vorstellung von der eigenen Zukunft. Die Gegnerstaaten des Kalten Krieges hatten längst eine neue Rolle gefunden. Deutschland triumphierte mit der Wiedervereinigung. Polen, Tschechien und andere osteuropäische Staaten wurden EU-Mitglieder. Russland entdeckte die Privatwirtschaft wieder und rappelt sich seither sachte zu alter Grösse auf.

«Die Ausnahmestellung der Schweiz hat sich aus der Tiefe der Zeit entwickelt. Sie ist nicht imitierbar.»

Nur die Schweiz tat sich schwer in dem veränderten politischen Umfeld. Erst allmählich realisierte das Land, was es bedeutete, nicht mehr der rundherum respektierte Freund zu sein. Alle hatten sie aktiv sein Wohlwollen gesucht. Seine Interessen fanden stillschweigend die angemessene Berücksichtigung. Das alles änderte sich. Sachte zwar, aber es änderte sich. Das Land stand wiederholt sehr allein da, als es unerfreuliche Lagen zu meistern hatte. Zuletzt musste es von den Nachbarn ganz direkt harsche Kritik einstecken, als man es wagte, mikroskopische Retorsionsmassnahmen gegen Libyen zu verhängen.

In dieser Phase zunehmender Einsamkeit bewährte sich das inhärente Bergler-Naturell dieses Volkes. Einzelgängertum, Sturheit und Ausdauer gehen ein-

her mit grosser Nüchternheit und einem abgrundtiefen Misstrauen gegenüber wolkigen Ideologien und phantastischen Zukunftsversprechen. Die Zukunft wird nicht erträumt, sie wird erarbeitet. Das Risiko, darüber als «visionslos» abgetan zu werden, nimmt man achselzuckend in Kauf. Schweizer sind auf ihrem steinigen Boden in 700 Jahren nicht deshalb so weit gekommen, weil sie visionär waren, sondern weil sie Ausdauer hatten.

«Die Ausdauer ist eine grosse Tugend», hatte Papst Paul VI. einmal bemerkt. Was zwischenzeitlich als Blockierung aller politischen Verhältnisse und Reformunfähigkeit verurteilt wurde, erweist sich plötzlich als Beständigkeit und Verlässlichkeit. Nach Tische liest es sich bekanntlich anders. Wobei das Land manchmal selber nicht weiss, wie es die Kurve doch noch glücklich gekriegt hat. Es verbreitet meist den Anschein, es wurstle sich irgendwie durch, nur um urplötzlich dann doch so dazustehen, dass alle beeindruckt sind.

Das Land der Säckelmeister kennt kein Grand Design

Die grosse Stabilität der Eidgenossenschaft wurzelt zwangsläufig in einem stark entwickelten Konservatismus. Verdrossene Kommentare über die unübersichtlichen Verwaltungsstrukturen sind fester Bestandteil der politischen Folklore eines Landes, in dem durchaus noch ein «Säckelmeister» über die kantonale Finanzverwaltung wacht. Dabei kann der Chef eine Frau sein, aber der Titel Säckelmeister bleibt. General Ulrich Wille echauffierte sich vor über 100 Jahren über die kantonale Militärhoheit und verglich sie mit den mittelalterlichen Zuständen im Römischen Reich deutscher Nation. Ganz aufgehoben ist sie bis heute noch nicht. Dass dieser konservative Wesenszug den grossen Vorteil hat, dadurch das Land berechenbar zu machen, wird erst jetzt wieder als Vorteil wahrgenommen. Auch das ist wieder typisch für dieses Land. Es entwickelt in Schwächephasen kein Grand Design. So etwas ist in einem Staat der infiniten Gewaltenteilung und des gebremsten Vorstellungsvermögens auch kaum möglich. Die Schweiz lässt sich immer wieder grandios überrumpeln. Und sie holpert sich lieber durch Krisen, als entschlossene Führung

zu akzeptieren. Darüber nimmt sie auch in Kauf, unbeholfen und überfordert zu wirken. Eleganz ist kein Schweizer Wesenszug.

Zu der ausdauernden Zähigkeit der Confoederatio Helvetica gehört aber auch, dass man sich mit den Verhältnissen und seinen Nachbarn noch immer arrangiert hat. Man mag den teilweise ungeniert ausgeübten Druck der EU bedenklich finden. Man kann sich Gedanken machen über die faktische Einschränkung der Landessouveränität. Man weiss aber auch, dass die Schweiz im Laufe ihrer episch langen Geschichte schon ganz anderem Druck ausgesetzt war. Das Land hat historisch bewiesene Überlebenserfahrung im Umgang mit mächtigen Nachbarn. Erst Habsburg, dann Frankreich (gleichzeitig aber auch immer der schützende Freund), kurzfristig Hitler-Deutschland und heute die EU, darin prominent inbegriffen Merkel-Deutschland.

In seinem Selbstbehauptungswillen hat das Land eine bemerkenswerte Kombination von Flexibilität und Festigkeit entwickelt. Diese im Laufe von 500 Jahren – seit Marignano und dem Abschied von allen Grossmachtambitionen – immer wieder verfeinerte Mischung kommt ihr zugute in einer Welt, die sich in überraschem Tempo verändert. Das Land gibt nach, aber es fällt nicht um. Es ging aus jeder noch so holprig bestandenen Bewährungsprobe bisher immer gestärkt hervor. Die Schweiz macht keine Geschichte, sie folgt der Geschichte. Je nach historischer Phase mit grösserem oder kleinerem Abstand. Aber sie folgt, sonst wäre sie bei aller profunden Verwurzelung in der Tiefe der Geschichte nicht das wirtschaftlich dynamische Land von heute.

Ein ausgeklügeltes System wechselseitiger Machtkontrolle

Der Schweizer kommt nicht tüchtiger auf die Welt als seine Nachbarn. Wie fügt es sich, dass das Land in seinem achten Jahrhundert eine höhere Stabilität vorweist und ein grösseres Mass an institutioneller Sicherheit generiert als seine Nachbarn? Das vorgerückte Alter allein kann es nicht sein. Eine Antwort liefern die alten Republiken. In der Schweiz gewannen die Stadtstaaten die Herrschaft über das Land,

während in Deutschland – und später auch in Italien – die Territorialfürsten die Städte in ihre Abhängigkeit brachten. Die Bürgergesellschaften dieser helvetischen Republiken waren die natürlichen Träger des Liberalismus, der bestimmenden politischen Idee des 19. Jahrhunderts.

Der Bundesstaat von 1848 war ein reines Produkt des Liberalismus. In ihm fand die Vorstellung einer Gesellschaft freier Bürger auf einer gemeinsamen Rechtsbasis ihren konkreten Ausdruck. Ein gemeinsamer Rechts- und Wirtschaftsraum (Einführung des Frankens) ging einher mit einem sorgsam ausgeklügelten System der Gewaltenteilung und Kontrolle. Das Vorbild der amerikanischen Verfassung ist ebenso unübersehbar wie die Weiterentwicklung (sieben Bundesräte anstelle eines Präsidenten wie in den USA – nur schon aus Gründen der Machtkontrolle) und die Ergänzung durch die direktdemokratischen Elemente als Kontrolle der Legislative, aber auch, um über das Initiativrecht den Volkswillen legislatorisch zu erfassen.

«Die grosse Stabilität der
Eidgenossenschaft wurzelt
zwangsläufig in einem stark
entwickelten Konservatismus.»

Das Freiheitsverständnis des liberalen Bundesstaates artikulierte sich ganz unmittelbar in der Pressefreiheit und in der Gewerbefreiheit. Diese früh verankerte Wirtschaftsfreiheit mitsamt der radikalen Abschaffung aller zunftbezogenen Zulassungsbeschränkungen und Handelshemmnisse wurde getragen von einer breiten Bürgerschicht, und sie wurde nie ernsthaft in Frage gestellt. Anders als in den europäischen Nachbarländern blieb in der Schweiz der Liberalismus (wie in den USA) bis in die Gegenwart eine bestimmende politische Kraft. Der Freisinn mag seine besten Jahre hinter sich haben, aber sein Erbe bleibt. Keine sozialistischen Experimente, keine Verstaatlichungswellen, keine Revolutionen und keine totalitäre Phasen mit der organisierten Vertreibung oder sogar Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen motivierten das wirtschaftende Bürgertum dazu, andernorts eine Zukunft zu suchen.

Ein hochwirksames System der Gewaltenteilung – gefördert durch den starken Föderalismus, die Sprachen und die schwierige Geographie – verhindert zuverlässig die Ausbildung einer *Pensée unique*. Die Hürde von vier Landessprachen lässt demagogischen Begabungen keine Chance. Und über den geographischen Faktor sind sich selbst landeskundige Schweizer nicht immer ganz im Klaren. Wer von Genf nach Campocogno will, dem Grenzort im Bündner Süden, ist mit der Bahn auch heute noch neun Stunden unterwegs. Darin inbegriffen zwei Alpenpässe und per saldo 2000 Höhenmeter Differenz. Dafür weiss jeder Automobilist auf der Rückfahrt von einem ausserkantonalen Essen, wie viele Polizeikorps er auf dem Weg nach Hause zu passieren hat. Von Schaffhausen nach Küsnacht am Rigi sind es nur anderthalb Autostunden, aber man passiert dabei fünf verschiedene Korps.

Hinter dem folkloristischen Anstrich verbirgt sich jedoch ein zäher Verteilungskampf. Er beleuchtet die Stärken des Föderalismus ebenso wie seine Schwächen. Die überaus hohen Kosten des Gesundheitswesens sind den Ärztehonoraren nur bedingt anzulasten, wie auch den Pharmapreisen. Sie wurzeln vielmehr in einer unübersichtlichen Krankenkassenlandschaft und dem Ehrgeiz jeder noch so kleinen Region, ein eigenes Spital zu betreiben. Das Land zahlt für seine stabile politische Struktur durchaus einen Preis.

Wo der Liberalismus nicht Opfer seiner Errungenschaften wurde

Aber dafür glückte es dem Liberalismus in der Schweiz, seinen Errungenschaften nicht zum Opfer zu fallen. Die grosse Ausnahme in Europa! Sicher auch, weil er sich mit einem föderalistischen Gebilde bescheiden musste, anstelle des erträumten Zentralstaats französischer oder italienischer Prägung. Zu seinen Errungenschaften gehörten die allgemeine Schulpflicht und die Erkenntnis, über eine Wissensgesellschaft den materiellen Fortschritt beschleunigen zu können – die nach dem Vorbild der französischen *École Polytechnique* gegründete Eidgenössische Technische Hochschule war eine der frühen Früchte des liberalen Bundesstaates. Die dank liberalen Fortschrittsdenkens und der allgemeinen Schulpflicht erworbenen Lesekenntnisse verleiteten die Schweizer

in toto nicht dazu, im oft trostlosen Alltagsleben Hoffnung in einer ideologiegelastigen Presse zu suchen und den Klassenkampf auszurufen. Oder doch zumindest verheissungsvollere und schneller realisierbare Lebensperspektiven zulasten des Besitzbürgertums zu entdecken.

«Die Schweiz hat historisch bewiesene Überlebenserfahrung im Umgang mit mächtigen Nachbarn.»

Es gab in der Schweiz nie einen *Front populaire*. Wo etwa in Frankreich oder auch in England der Liberalismus dem Sozialismus unfreiwillig den Weg planierte, wo nach dem Zweiten Weltkrieg eine radikale Verstaatlichungswelle anlies und gigantische Umverteilungssysteme installiert wurden, wählte die Eidgenossenschaft einen etwas anderen Weg. Staatliche Beteiligung – etwa in der Energiewirtschaft oder im Transportwesen (*Swissair*) – ja, Verstaatlichungen nein. Förderung ja, Ideologie nein. Ebenso im Sozialwesen: Teilhabe ja, Utopien nein. Oder anders gesagt: Beteiligung an den Früchten des wirtschaftlichen Wohlergehens, aber keine Umverteilungsmechanismen, die auf Dauer die Substanz angreifen.

Man hat diese Gemeinwirtschaft und öffentlich-private Mischformen zeitweise stark belächelt. Man war auch nicht immer der eingegangenen Verantwortung gewachsen, wie das Beispiel des unnötigen *Swissair*-Untergangs zeigt. Die öffentliche Hand als faktischer Referenzaktionär spielte keine rühmliche Rolle. Voraussicht ist sicher nicht die grösste Begabung des Bundesrats, Improvisationsgabe auch nicht. Schaut man sich im Vergleich zum *Swissair*-Debakel die *Alitalia*-Lösung an, dann kommt man nicht um die Feststellung herum, dass Schweizer mitunter weder besonders gute Nerven noch die nötige Abgeklärtheit haben, um sich geschickt durch Krisensituationen zu hangeln. Aber man darf mit Blick auf die jüngste Vergangenheit festhalten, dass sie lernfähig sind.

Wenn die Sozialsysteme in der Schweiz nicht ganz so exzessiv ausgebaut wurden wie in den Nachbarstaa-

ten, hat das einen einfachen Grund: Das wachsame Auge der Bevölkerung lässt nur bedingt Platz für Sozialutopien. Schweizer sind konkret. Sie legen Wert auf die praktische Realisierbarkeit. Ideologieverbohrte Politiker fanden in diesem Land nie das nötige Publikum, um ihre progressivistischen Gesellschaftsvisionen durchzusetzen. Das mehrheitsbildende Wort eines Willy Brandt – «etwas mehr Demokratie wagen» – konnte im Land der direkten Demokratie und der unzähligen Abstimmungen nur ein mitleidiges Lächeln provozieren. Mehr Demokratie konkretisiert sich eben nicht in der ungebremsten Ausplünderung der Staatskassen. Ein Mehr an Demokratie bedeutet in der Eidgenossenschaft vielmehr, dass die Bürger genau hinschauen, wenn sie über anstehende Ausgaben zu entscheiden haben. Nicht zufällig konnte sich eine öffentliche Verschuldung nur da aufbauen, wo die Distanz zum Volk am grössten ist: auf eidgenössischer Ebene. Im europäischen Vergleich ist sie dennoch beinahe moderat, auch als Folge der Schuldenbremse, die sich die Schweiz auf Bundesebene – notabene unter Zustimmung des Souveräns – 2001 verordnet hatte. Sie trat 2003 in Kraft. Da war das für sein gemächliches Tempo belächelte Land seinen Nachbarn für einmal ein paar entscheidende Jahre voraus.

Am geringsten sind die Schulden der Gemeinden. Dort arbeiten politische Führung und Verwaltung unter unmittelbarer Aufsicht des Stimmvolks. Jede grössere Investition verlangt dessen Zustimmung. Die Aussicht auf unerfreuliche steuerliche Konsequenzen findet im Allgemeinen nur mässigen Anklang. Die Steuerautonomie der Kantone und Gemeinden erzwingt einen Wettbewerb. Er ist vielleicht nicht gerecht, aber sehr effizient. In der Abwägung zwischen Systemgerechtigkeit und Effizienz einen gangbaren Kompromiss zu suchen – im Steuerwesen durch den Finanzausgleich – ist wieder sehr helvetisch. Das Land leidet nicht unter dem Gleichheitswahn, der die öffentliche Diskussion der europäischen Nachbarn bis zur Blockierung prägt.

Es leidet auch nicht unter Theoriewahn. Wo andernorts Nationalökonomien dafür plädieren, öffentliche Investitionen – etwa in die Verkehrsinfrastruktur – über Kredite zu finanzieren, damit die nächste Generation neben dem Nutzen auch die Kosten habe,

zahlen die Schweizer lieber sofort. Weniger Schulden waren noch nie ein Nachteil.

Für Erwerbsbürger keineswegs ein Steuerparadies

Zur regelmässigen Verblüffung ihrer europäischen Nachbarn sind die Eidgenossen aber auch durchaus bereit, für Steuererhöhungen zu votieren oder sogar neue Abgaben einzuführen. Das Niveau der politischen Debatte erlaubt es, die Bürger eben auch mit Ansprüchen zu konfrontieren. Da bestätigt sich die alte Führungseinsicht, dass die Leute immer nur so gut oder so schlecht sind, wie man sie einschätzt. Wer kein Vertrauen hat, kann auch nichts erwarten. Und umgekehrt. Das bekannteste Beispiel ist die Einführung der Autobahnvignette. Ihr ging eine Volksabstimmung voraus.

«Der Respekt vor der Privatsphäre ist ein integraler Bestandteil der Landesmentalität. Diskretion ist ein erzieherisch tief verankertes Gebot.»

Es ist auch keineswegs so, dass die Schweiz ein Steuerparadies wäre. Die in Deutschland unbekannteren Vermögenssteuern greifen in der Schweiz mit einer scharfen Progression zu. Selbst genutztes Wohneigentum wird zu Gegenwartstarifen als Eigentumsertrag besteuert. Und selbstredend als Vermögen. Auch das europaweit eine Spezialität. Unter Berücksichtigung der ausserhalb der Schweiz üblichen zahllosen Abzugsmöglichkeiten liegen die direkten Steuern insgesamt in etwa auf der Höhe der europäischen Nachbarn. Dafür hat die Schweiz im europäischen Vergleich tiefe Mehrwertsteuern und diesbezüglich erhebliche Standortvorteile für konsumnahe Branchen.

Deutlich niedriger fallen nur die indirekten Steuern aus. Der entlastende Effekt hält sich jedoch faktisch in engen Grenzen. Die höheren Lebenshaltungskosten belasten die Geldbeutel stärker, als die humanen Mehrwertsteuersätze entlasten.

Dagegen gelang es der Eidgenossenschaft, die Lohnnebenkosten einigermassen unter Kontrolle zu halten. Währungsschwankungen ausgeklammert, liegen die Lohnstückkosten heute im Tessin unter denen der benachbarten Lombardei. Die Lohnkosten des produzierenden Gewerbes in Deutschland übersteigen die schweizerischen um 20 Prozent; Italien und Frankreich liegen im Schnitt nur zehn Prozent tiefer. Attraktiv ist das Land auch bei der Unternehmensbesteuerung: Selbst ein klassischer Industriekanton wie Neuenburg mit seiner scharfen direkten Besteuerung legt sich bei den Unternehmenssteuern grösste Zurückhaltung auf.

«In der Schweiz kontrolliert der Bürger den Staat und nicht umgekehrt der Staat den Bürger.»

Das insgesamt vernünftige Abgabeklima hat stark dazu beigetragen, dass dem Land nach dem starken Schrumpfen der Textilindustrie ein zweiter Desindustrialisierungsprozess erspart geblieben ist. Die Uhrenindustrie als dritt wichtigste Branche im Lande nach der pharmazeutischen Chemie und dem Maschinenbau baut vielmehr Arbeitsplätze auf. Der Swatch-Konzern repatriiert sogar systematisch industrielle Fertigung aus Asien in die Schweiz. Dienstleistungsunternehmen sind willkommen – Rohstoffhändler in Zug ebenso wie Hedgefonds in Genf, nicht zu vergessen der Tourismus, die privaten Schulen und die grossen Ingenieurunternehmen –, aber sie dominieren keineswegs die Beschäftigungsstatistiken. Repräsentativ sind dagegen Unternehmen wie der Küchenhersteller Franke, der weltweit McDonald's ausrüstet. Bezeichnenderweise ist Franke ein Familienunternehmen.

Die Folge des unverkennbaren Willens, das Land als Industriestandort zu erhalten, ist neben einem florierenden Grenzverkehr eine markante Zuwanderung aus den europäischen Nachbarländern. 100'000 Einwanderer registrierten die Behörden 2008, 70'000 waren es im Jahr davor gewesen. Im Zehnjahres-Vergleich korrespondiert der Aufbau von 200'000 Arbeits-

plätzen sehr genau der Netto-Zuwanderung aus Europa von 200'000 Personen. Das Land stellt sich mit seiner offenen Nationalökonomie erfolgreich der Globalisierung. Als Paradebeispiel einer SMOPEC, einer Small and Open Economy, hat sie in der ökonomischen Literatur Modellstatus erlangt – aus gutem Grund: Eingeengt in schmalen Talkesseln ist das Belegen von Nischen zu einem zweiten Naturell geworden. Kann es nicht die heimische Alm sein, dann der lukrative Absatzmarkt im fernen Ausland. Beispielhaft hat die Uhrenindustrie die Verschiebungen in der globalen Nachfrage beizeiten erkannt und sich frühzeitig auf die Wachstumsmärkte in Asien ausgerichtet. Für die Milliarden-Marke Omega ist China schon seit geraumer Zeit der wichtigste Markt überhaupt. Der Zwang zur Weltoffenheit hat sich längst zum Exportschlager gemausert.

Dabei hat der Schweizer Franken der Exportwirtschaft das Geschäft keineswegs erleichtert. Die Währung erweist sich vielmehr in wirtschaftlich unruhigen Zeiten und erst recht in Krisen als sicherer Hafen. Dass selbst langlaufende festverzinsliche Papiere nur knapp über zwei Prozent Rendite abwerfen, nehmen die Anleger dafür in Kauf. Die Stabilität kompensiert die mageren Zinsen souverän. Die Anziehungskraft bleibt ungebrochen. Mit einem Volumen von klar über 600 Milliarden Franken hat der Obligationenmarkt in Anbetracht der Landesgrösse ein überaus stattliches Format.

Der Ehrgeiz zu einem selbständigen Erwerbsleben

Auch wenn die Wirtschaft der Eidgenossenschaft spontan assoziiert wird mit Weltunternehmen wie Nestlé, Novartis, Hoffmann-La Roche, ABB, Holcim oder den Grossbanken, ist sie fundamental ein Land der kleinen und mittleren Unternehmen. Die Statistik verzeichnet jedes Jahr zwischen 11'000 und 12'000 Neugründungen. Rund 350'000 Unternehmen beschäftigen insgesamt 3,3 Millionen Personen. Da zeigt sich die ganze kleinteilige Struktur, aber auch der ganze Ehrgeiz der Schweizer, ein selbständiges Erwerbsleben zu führen. Schweizer lassen sich nicht gern kommandieren. Sie sind lieber ihr eigener Chef. Anders als in den Nachbarländern erleichtern die Be-

hörden den Schritt in die Selbständigkeit, statt ihn zu erschweren. Diskussionen um die «Ich-AG», wie sie in Deutschland zu beobachten waren, wären in der Schweiz undenkbar. Da offenbart sich eben der himmelweite Unterschied zwischen einer Bürgergesellschaft und einem Untertanenstaat: Es kontrolliert der Bürger den Staat und nicht umgekehrt der Staat den Bürger.

Zu einem Erwerbsleben in Freiheit gehört unverzichtbar der Schutz der Privatsphäre. Datenschutz ist nicht teilbar. Niemand verspricht sich in der Schweiz vom umfassend beschnüffelten und datenmässig ausgespähten Untertanen einen Gewinn für die Gesellschaft. Auch jenseits des viel diskutierten Bankkundengeheimnisses ist der Respekt vor der Privatsphäre vielmehr ein integraler Bestandteil der Landesmentalität. Diskretion ist ein erzieherisch tief verankertes Gebot.

«Schweizer sind konkret. Sie legen Wert auf die praktische Realisierbarkeit.»

Selbständig Erwerbende mit ihren Geschäftsinvestitionen haben natürlicherweise grösstes Interesse an einem intakten politischen Umfeld, das ihnen vernünftige Wirtschaftsbedingungen erlaubt. So wie Bismarck einmal sagte «Ich bin ein Junker und will meinen Vorteil davon haben», so lässt sich auch ihre politische Wachsamkeit beschreiben: Ich bin ein selbständiger Schweizer und denke nicht daran, mir die Lebens- und Arbeitsbedingungen schmälern zu lassen. Darüber entwickelt sich ein ausgeprägter politischer Instinkt, um ein intaktes wirtschaftliches Umfeld zu wahren. Entsprechend kennt das Land keinen Sozialismus, keine gewerkschaftliche Mitbestimmung und keinen exzessiven Arbeitnehmerschutz. Die Schweiz ist das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Europa, aber auch das Land mit den kürzesten Kündigungsfristen! Dagegen hat Spanien den stärksten Kündigungsschutz, aber auch die höchste Arbeitslosigkeit.

Bezeichnenderweise ist die Eidgenossenschaft aber keineswegs ein Land der Hire-and-Fire-Mentalität. Man trennt sich von den Mitarbeitern wirklich nur, wenn es nicht anders geht. Gleichzeitig arbeiten die wirklich tüchtigen Behörden sehr energisch daran, Arbeitslose wieder zügig in ein Beschäftigungsverhältnis zu überführen. Eine Mentalität, in der sich der Einzelne als Opfer der Gesellschaft fühlt und beleidigt aufs Sofa zurückzieht, lässt man gar nicht erst aufkommen.

Handwerk mit weltweit unerreichtem Qualitätsniveau

Weil eben die Schweiz nie sozialistisch regiert wurde, und weil am Ende für konkrete Vorlagen nicht die parlamentarische Mehrheit reicht, sondern das Einverständnis des Soveräns eingeholt sein muss, konnte sich auch niemand mit der Vorstellung durchsetzen, eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden, sechs Wochen bezahlte Ferien und eine Pensionierung mit 60 Jahren seien unverzichtbar, um sich als Mensch zu fühlen. Solche Vorstellungen sind einfach nicht vermittelbar in einer Bevölkerung, die sich essenziell über die Arbeit definiert. Sobald ein Neueinwanderer eine feste Arbeit hat – und danach richtet sich wenigstens die zweite Frage, wenn es nicht die erste ist – steigt die Wertschätzung spürbar. Wie die Freizügigkeitsabstimmungen gezeigt haben, schreckt die Schweizer auch nicht die Aussicht, dass sich Rumänen und Bulgaren zwischen Bodensee und Genfersee nach Arbeit umschaun könnten. Die Angst vor dem «polnischen Sanitär», die in Deutschland und Frankreich grassiert, ist hierzulande völlig unbekannt. Wer ordentlich arbeitet, sorgt sich nicht vor der Konkurrenz.

Das Handwerk hat in der Schweiz ein weltweit unerreichtes Qualitätsniveau. Da verbindet sich der nationale Perfektionsanspruch mit einer exzellenten Berufsausbildung und profundem Respekt vor dem praktischen Können. Schweizer urteilen nicht nach Titeln und Diplomen, sondern nach dem Savoir-faire. Sozialistische Akademikergläubigkeit geht dem Volk völlig ab. Es hat sich auch nie zu einer Bildungspolitik der Massenmatura hinreissen lassen. Dagegen legt man grössten Wert darauf, keine Bildungsbarrieren

zu errichten, sondern die individuellen Lebenschancen optimal nutzen zu können. Also die wirtschaftliche Selbständigkeit zu fördern. Gleichzeitig nimmt das Land seine Schulsysteme sehr ernst und alimentiert seine Lehrer vergleichsweise grosszügig. Auch das ein Erbe des Liberalismus.

Une vieille, chère et grande nation

Landestypisch ist nicht zuletzt ein fehlender Systemglaube. Die Altersversorgung stützt sich auf einen kollektiven staatlichen Pfeiler, einen kollektiven privaten Pfeiler und die eigenen Ersparnisse. Anstelle verbissener Ideologie lässt man die Systeme gegeneinander antreten und hat auf jeden Fall den Vorteil einer Risikodiversifizierung bzw. insgesamt sehr komfortablen Vorsorgesituation.

Landestypisch ist weiter eine kreative Verbindung von Genauigkeit und Tüftelsinn, eine grosse Flexibilität und Termintreue ohne rigide Vorplanung, aber auch ohne panische Reaktionen bei einem zwischenzeitlichen Rückstand auf die Marschtabelle. Der helvetische Geist hat eine lateinische Note. Wie der Ehrenwein, der Vin d'honneur, der selbst im ostschweizerischen

Appenzell kredenzt wird, ist die Kultur des Landes noch an den entfernten Rändern der deutschsprachigen Schweiz französisch. Der Geograph André Siegfried hat einmal bemerkt, dass die Deutschschweiz ein Teil des römischen Reiches war, Deutschland dagegen nicht. (Und dass Deutschland darauf auch noch stolz sei.) Die Ausnahmestellung der Schweiz hat sich aus der Tiefe der Zeit entwickelt. Sie ist nicht imitierbar. Der Jurist und vormalige Justizminister Robert Badinter bemerkte unlängst: «La Suisse est une vieille, chère et grande nation européenne.» Robert Badinter war kein Bundesrat – er war nicht einmal Schweizer. Auch das ist wieder typisch für die Schweiz und die Ansichten, die sich bei neutraler Betrachtung über das Land bilden.

Zürich, im Juli 2010

Über Julius Bär

Julius Bär ist die führende Private Banking-Gruppe der Schweiz, ausschliesslich ausgerichtet auf die Betreuung und Beratung von Privatkunden. Die Bank Julius Bär & Co. AG, die renommierte Privatbank, deren Ursprünge bis ins Jahr 1890 zurückreichen, ist die wichtigste operative Gesellschaft der Julius Bär Gruppe AG. Ihre Aktien sind an der SIX Swiss Exchange (Ticker-Symbol: BAER) kotiert und bilden Teil des Swiss Market Index (SMI), welcher die 20 grössten und liquidesten Schweizer Aktien umfasst.

Julius Bär beschäftigt mehr als 3 000 Mitarbeitende in über 20 Ländern und rund 40 Standorten – unter anderem in Zürich (Hauptsitz), Buenos Aires, Dubai, Frankfurt, Genf, Hongkong, London, Lugano, Mailand, Moskau und Singapur.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.juliusbaer.com